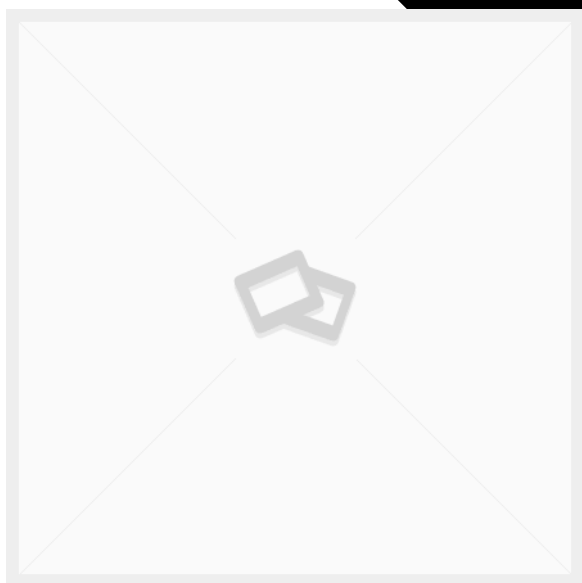


RASCHER FÜR DIE WIRTSCHAFTSNAHEN INFRASTRUKTUR IN SACHSEN-ANHALT, ABER MIT AUGENMERKE FÜR DIE ZUKUNFT



am 17. April 2010

[Beschlüsse](#), [Breitband](#),
[Infrastruktur](#) [Internet](#), [Sachsen-](#)
[Anhalt](#) [Wirtschaft](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes hängt in hohem Maße von seiner zentralen Lage in Deutschland und Europa hängt. Eine leistungsfähige wirtschaftsnahen Infrastruktur ab. Die rasche und vollständige Vollendung wichtiger, überregional bedeutsamer Verkehrsprojekte ist von größter Bedeutung.

Deshalb fordert die FDP:

- Verkehrswegprojekte, die Verlängerung der Bundesautobahn A 14, der westlichen Umgehungsstraße um die Stadt Halle, die Weiterführung der B 6 neu von Halle nach Magdeburg sowie der Bau des Saale- Seitenkanals müssen zügig realisiert werden.
- Die Realisierung von wichtigen Verkehrsprojekten durch den Einsatz des Verbandsklagerechts über ortsferne Verkehrsprojekte nicht verhindert werden. Deshalb tritt die FDP dafür ein,

dass die Interessen des Verkehrsprojekts betroffene Personen und Organisationen zu berücksichtigen und zu erhalten.

- Die schnelle Realisierung des Projekts in allen Landesteile muss durch eine Organisation anders als bisher sichergestellt werden. Eine Organisation im Bereich der Landesregierung ist erforderlich.
- In allen Landesteilen muss die bereits erschlossene Industrie- und Gewerbegebiete zur Verfügung stehen. Allein die 22 Vorrangstandorte in der Region bieten über mehr als 1.200 Hektar erschlossene Flächen für Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Unter diesen Umständen sowie angesichts der Lage in Deutschland ist es kaum noch größere industrielle Neuanlagen zu erwarten, ist es unverantwortlich und eine schlimme Geldverschwendung, wenn die Landesregierung weit über 100 Millionen Euro für die Errichtung von Anlagen ausgibt und weiter ausgeben will, obwohl für die Ansiedlungsinteressenten vorhanden sind.